

Quelle: <http://www.radiobremen.de/gesellschaft/themen/zivilklausel-cyberwar-hochschule100.html>

Krieg im Netz

Unterstützt die Hochschule Bremen den "Cyberwar"?

Ein Krieg mit den Waffen des Internets könnte uns ins Chaos stürzen – darüber sind sich Wissenschaftler aus Bremen einig. Heute und morgen wollen sie über die Gefahren informieren und fragen, inwieweit Bremens Hochschulen zum "Cyberwar" beitragen.



Die Hochschule Bremen hält Studienplätze für die Bundeswehr frei.

Das Schlagwort "Cyberwar" ruft Horrorbilder hervor: Strom weg, Trinkwasser weg, entgleiste Züge oder verunglückte Flugzeuge. Wenn Militärs anstatt mit Kanonen eines Tages mit Computerviren die zivile Infrastruktur ihrer Feinde angreifen sollten, dann sind der Schreckensphantasie kaum Grenzen gesetzt.

Bremer Wissenschaftler wollen verhindern, dass die Szenarien jemals wahr werden können. "Seit etwa zwei Jahren gibt es eine Kampagne, das Internet abzurüsten und Cyberangriffe im Völkerrecht zu ächten", sagt Hans-Jörg Kreowski. Der IT-Professor an der Uni Bremen will gemeinsam mit anderen Bremer Friedensaktivisten die Diskussion weg vom "Cyberwar" hin zum "Cyberpeace" drehen.

Bundeswehr will schlagkräftige Cybersoldaten

Ein schwieriges Vorhaben. Denn im Moment sorgt die Bundeswehr eher mit dem Gegenteil von Frieden im Netz für Schlagzeilen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will ein komplett neues Kommando für "Cyber- und Informationsraum" schaffen. Rund 13.500 Dienstposten soll das Kommando einmal umfassen und damit fast genauso groß sein wie die Marine. Die IT-Soldaten sollen hauptsächlich die Computer der Bundeswehr betreuen. Aber eine kleine Truppe innerhalb des Kommandos soll gegebenenfalls auch feindliche Militärinfrastruktur mit Bits und Bytes sabotieren.

Sechs Soldatinnen studieren an Hochschule Bremen

Die Hochschule Bremen steht in der Kritik, zur Militarisierung des Internets beizutragen. Ein Vorwurf, den Hochschulsprecher Ulrich Berlin weit von sich weist. Zwar studierten seit diesem Wintersemester erstmals auch Bundeswehr-Soldatinnen Informatik, aber die sechs Frauen würden nur für Verwaltungsaufgaben ausgebildet.

Der Lehrplan sei frei von militärischen Fachwissen und gelte für alle Studentinnen, sagt Berlin. Die Bundeswehr sei auf die Hochschule zugekommen, weil der Studiengang nur Frauen vorbehalten sei. "Das ist ziemlich einmalig in Deutschland." Firmen nutzten das Angebot schon länger. Die Bundeswehr sei lediglich ein weiterer Interessent, dem man insgesamt neun Studienplätze freigehalten habe, so Berlin.

"Krasser Verstoß gegen Zivilklausel"

Für Kreowski verfängt die Argumentation nicht: Wer garantiere, dass die Soldatinnen später nicht weiter gebildet werden? Und selbst wenn sie später lediglich in der Verwaltung arbeiteten, würden sie helfen, dass Soldaten und militärisches Gerät eingesetzt werden. Der IT-Professor wirft der Hochschule deshalb einen "krassen Verstoß gegen die Zivilklausel" vor.

Seit 2015 ist im Paragraph 4 des Bremer Hochschulgesetz verankert, dass Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen dürfen. Bevor diese sogenannte Zivilklausel ins Gesetz geschrieben wurde, hatte sich die Universität bereits 1986 freiwillig verpflichtet, nicht für das Militär zu arbeiten. Die Hochschule zog erst 2012 nach.

Bisherige Forschung im Dienste der Militärs

In beiden Einrichtungen wurde es mit den Selbstverpflichtungen aber nicht immer so genau genommen. Die Hochschule hatte zwischen 2005 und 2012 acht Projekte mit einem Auftragsvolumen von rund 88.000 Euro zusammen mit Bremer Rüstungsunternehmen bearbeitet. Zwischen 2003 und 2006 hatte das Uni-Institut für Telekommunikation und Hochfrequenztechnik zusammen mit dem Bremer Raumfahrtunternehmen OHB für das Bundesverteidigungsministerium gearbeitet. 2011 wurde bekannt, dass das US-Verteidigungsministerium Forschung an der Uni finanziert hatte.

Autor: Alexander Drechsel



Quelle: DPA

Bei der Bundeswehr dienen Soldatinnen auch in der elektronischen Kommunikation.